

mus bleibt der Begriff der „Besonderheit“ nach dem Ende der Lektüre dieser Studie aber schillernd – und erscheint als *moving target*.

Veith Selk

POLITISCHES SYSTEM DEUTSCHLAND

Bierling, Stephan. *Vormacht wider Willen. Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart*. München. C. H. Beck 2014. 303 Seiten. 16,95 €.

Drei Heilige Kühe sind es, die sich Helmut Kohl in den Zusatzprotokollen des Amsterdamer Vertrags ratifizieren lässt: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, staatliche Kirchensteuer und Sparkassensonderrechte. Was immer Brüssel antaste, diese drei nicht! Solche Beobachtungen sind es, die *Stephan Bierlings* vieldiskutiertes Buch „Vormacht wider Willen“ zu einem Schatz machen und verdeutlichen, was dem Deutschen eigentlich wichtig ist, wenn er einmal politisch denken muss.

Der in Regensburg Internationale Politik lehrende und vom Verlag als „Professor des Jahres“ 2013 beworbene *Bierling* gliedert seine Darstellung der jüngeren deutschen Außenpolitik in die Phasen der Kanzlerschaften seit Kohl und ein Fazit. Hervorragend lesbar listet er Stationen Kohls, Schröders und Merkmals chronologisch auf, kategorisiert seinen Stoff verlässlich und spart nicht mit sachlich nachvollziehbaren Wertungen, die er gleichwohl bevorzugt von anderen Autoren leiht, um seine eigene, spürbar unionsnahe Neigung nicht auszustellen.

Das alles ist schlau und anschaulich gemacht. Es lohnt der Lektüre auch, da gerade die 1990er Jahre in einer Deutlichkeit hervortreten, die durch die Events der „Nuller Jahre“, durch US-Unilateralismus, Bürokratisierung und Finanzialisierung der Groß-EU und anderes mehr überlagert worden waren.

So tritt die Sowjetunion bei *Bierling* wieder als ein zerfaserndes Imperium auf, dessen schlimmste Implosionswellen einzudämmen nahezu Bonner Staatsräson wurde. Der Übergang von der EG zur EU wird als politisches Kunstwerk Erinnerung, als riesige Leistung einer kriegsmüden Politikergeneration. Und der Außen- und EU-Politiker Kohl betritt *Bierlings* Bühne in beinahe jeder Szene als – man muss es so sagen: Lichtgestalt. Auf Kohls Wort war Verlass, Kohl genoss Vertrauen, Kohl harmonisierte. Das ist fraglos überzeichnet, zeigt aber, was Kohls Nachfolge alles nicht leistet.

Qualitativ stehen die Kapitel zu den Kanzlerschaften Schröders und Merkmals (bis etwa Sommer 2014) dem ersten Hauptkapitel in nichts nach. Das politische Instinkttier Schröder wird mit Aufnahme der Kanzlerschaft in den Kosovokrieg geworfen und erlernt im Zuge der Berliner Zentralisierung, was der Bonner Republik stets abging: den Reiz des starken Auftritts. Der Appeal markiger Worte führt das Land, nachdem es in den „Afghanistan-Einsatz“ gestolpert war, in ein transatlantisches Zerwürfnis. Man weiß einmal mehr nicht recht, ob es Schröder ist, der vor Kraft nicht laufen kann, oder ob es am Land liegt, dessen Kanzler er war. Deutlich wird, dass Schröders BRD nationale Interessen markiert. Von Kriegsfragen über Wirtschafts- und EU-Erweiterungspolitik bis zu Schröders befremdlichem Hang für bi-

laterale „Männerfreundschaften“ mag man *Bierling* zustimmen, wenn er Rotgrün ein „taktisches Außenpolitik-Verständnis“ attestiert.

Am Ende der Schröder-Phase stehen dann auch allerlei Krisen – „kein leichtes Erbe“ für Merkel. Umso mehr habe sie von Beginn an ihre Chancen nüchtern analysiert, um wieder in der Außenpolitik zu reüssieren, dabei aber sichtbarer als Kohl auf Macht zu setzen. Internationales, auch militärisches Selbstbewusstsein sowie die europapolitische Schroffheit Merkels nehmen entsprechend viel Buchraum ein. Doch „wider Willen“ ist hier nichts mehr. In der Finanz- und Eurokrise habe Merkel „Geld für Führung einzutauschen“ begonnen. In Europa wird machtpolitisch „deutsch gesprochen“. Und in Merkels Begriff der „Stabilitätsunion“ findet der deutsche Geist seinen vorerst verräterischsten Ausdruck, denn tatsächlich bringt die Euroschuldenkrise der BRD einen nie dagewesenen Macht- und Kapitalzuwachs auf Kosten der Konsolidierungsperipherie.

Bemerkenswert ist auch, wer bei *Bierling* fehlt. Das sind zum ersten die Außen- und die Verteidigungspolitiker – Genscher, Kinkel, Steinmeier, Westerwelle, Scharping, Struck, Guttenberg, de Maizière und von der Leyen sind Schattenfiguren. Zum zweiten sind es die Kollegen. Nur pflichtschuldig listet *Bierling* Protagonisten modelltheoretischer Leitschulen der IB auf. Er aber, der „Advokat[...] einer strukturalistischen Politikanalyse“, wolle deren „Theoriedebatten“ nicht weitertreiben. Die dritte Abwesenheit im Bunde ist die intellektuelle: Außenpolitische Köpfe dürfen Formulierungen beitragen, mehr nicht.

So scheint deutsche Außenpolitik seit Kohl durch drei Merkmale gekenn-

zeichnet: Enorme Geldmacht, keine Eigeninitiative, keine Ideen. Einigermmaßen konsequent fällt insofern *Bierlings* Fazit aus: „Deutschland ist ein risikoscheuer, post-militärischer Handelsstaat, der sich auf die EU konzentriert, friedliche Mittel der Krisenbewältigung präferiert und Führungsaufgaben ablehnt.“

Jedoch: Es ist *Bierling* selbst, der Zahlen und Drittdeutungen einstreut, die – Krise hin oder her – die für die BRD profitable Europolitik als notorische Fortsetzung der im Rest Europas verhassten deutschen Binnenwirtschafts- und Währungspolitik der 1980er Jahre erscheinen lassen. Die stete Kopplung der Leitwährung an die deutsche Wirtschaftskraft habe sich in der übereilt integrierten Struktur der Eurozone nur transformiert: Ein so unflexibler und durch Leistungsbilanzasymmetrien gekennzeichnete Währungsraum vermag externe Schocks kaum auszugleichen. Jede Krise ziehe sofort in die instabilsten Zonen des Wirtschaftsraums und stärke die Starken.

Es bleibt schwer vorherzusehen also, warum die Geiseln des deutschen Spar- und Konsolidierungsdiktats der durch die Krise reicher gewordenen BRD vergeben sollten. Schwer verständlich bleibt aber auch, worauf sich *Bierlings* Titel nun eigentlich stützt. Für einen „Hegemon wider Willen“ plädierte unlängst schon Christoph Schönberger in heftig diskutierten „Merkur“-Artikeln. *Bierlings* Buch hingegen ist eher ein Musterbeispiel jenes „defensive imperialism“ genannten Narrativs, das in beinahe allen liberalen Diskursen über die Vergangenheit und Gegenwart von westlichen Großmächten auftaucht: Da sei sicher eine asymmetrische Stärke, doch die, betonen deren Träger und Zuträger, würde allenfalls benevolent

eingesetzt. Andernfalls wäre man sicher beunruhigter, wie kühl *Bierling* abschließend auflistet, was die neue deutsche Großmacht benötige, um ihren Status als „embedded hegemony“ handels-, flotten- und rüstungspolitisch auszufüllen.

Sebastian Huhnholz

POLITIKFELDANALYSE

Milic, Thomas, Bianca Rousselot und Adrian Vatter. *Handbuch der Abstimmungsforschung*. Zürich. NZZ Libro 2014. 480 Seiten. 36,00 €.

Es ist kaum zu bestreiten, dass die Wahl- und Wählerforschung seit jeher eines der wichtigsten Anliegen der empirisch geprägten Politikwissenschaft darstellt. Ebenso evident ist ein letzthin zunehmendes Interesse an weiteren Möglichkeiten der politischen Einflussnahme über Wahlen hinaus. So werden nicht nur die Rufe nach Einführung und Ausweitung direktdemokratischer Verfahren immer öfter und vehementer vorgetragen, auch die Wissenschaft widmet sich vermehrt der Analyse von Abstimmungen über Begehren und Referenden. Angesichts dieser beiden Entwicklungen mag es erstaunen, dass sich bislang kaum ein politologischer Beitrag ausmachen lässt, der in umfassender Weise in die Abstimmungsforschung einführt.

Um diese Lücke zu schließen, legen *Thomas Milic, Bianca Rousselot und Adrian Vatter* ein ausführliches Handbuch vor, das sich explizit sowohl an Forschung und Lehre, als auch an die Praxis und an die interessierte Öffentlichkeit richtet. Einerseits schenkt das

Buch natürlich der Analyse von Abstimmungsverhalten gesonderte Aufmerksamkeit, indem theoretisch wie empirisch erklärt wird, wann, wie und warum Menschen abstimmen. Andererseits werden aber auch die systemischen Aspekte direktdemokratischer Institutionen abgedeckt. Nicht zuletzt dem Werdegang der Autorin und Autoren geschuldet, steht dabei die Betrachtung des schweizerischen Systems im Vordergrund. Zweifelsohne eignet sich die Eidgenossenschaft aufgrund ihrer ausgebauten Volksrechte, der Vielzahl an Abstimmungen und der hervorragenden Datenlage wie kein zweites Land, um exemplarisch Abstimmungsforschung zu betreiben.

Entsprechend verschafft Kapitel 1 zunächst einen Überblick über die Geschichte der Abstimmungsforschung in der Schweiz. Während Charakterisierungen der unterschiedlichen Schulen vor allem auf die schweizerische Leserschaft abzielen, ist es durchaus wichtig und wertvoll, die Genese und Einordnung aktueller Forschungsansätze darzulegen. Kapitel 2 stellt für jede der drei Ebenen im Schweizer System detailliert die vorhandenen Instrumente sowie deren Nutzung vor. Zudem ermöglicht die in sich stimmige Typisierung verschiedener Verfahren nach Regierungskontrolle, Auslösekompetenz und Urheberschaft eine Einbettung anhand der Lijphartschen Dimensionen von Machtteilung und Konsensorientierung (42). In diesem Teil des Buches erweisen sich gerade für ein fachfremdes Publikum die Exkurse und Einschübe als besonders sinnvoll und informativ: So werden die historische Entwicklung direktdemokratischer Institutionen nachgezeichnet, konkret die nötigen Schritte zu deren Ergreifung erläutert, thematische Schwerpunkte